



<https://menschen-rechte-tue.org>

info@menschen-rechte-tue.org



Das Projekt "save our families" wird gefördert vom
Zweckerfüllungsfonds Flüchtlingshilfen

Das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan

برنامه پذیرش فدرال در افغانستان

Informations- und Diskussionsabend mit

عصر اطلاعات و گفتگو با

Lena Reiner

(Journalistin (Taz, Zeit u.a.), mehrmalige aktuelle Aufenthalte in Afghanistan)

Afghanische Frauen aus der Region / Angehörige & Unterstützer*innen
von gefährdeten Familien, für die ein Aufnahmeantrag läuft

Wann: Dienstag, 27. Juni 2023, 19.00 Uhr

Wo: Gemeindehaus St. Michael, Hechingerstr. 45, 72072 Tübingen

Zentrale Fragen dieser Veranstaltung:

- Was genau ist das Aufnahmeprogramm und wie gut/schlecht läuft es?
- In welcher Gefahrensituation befinden sich die Menschen, insbesondere Frauen?
- Warum ist es weiterhin wichtig, gefährdete Menschen aus Afghanistan zu evakuieren?
- Wie können die "Meldestellen" unterstützt werden? Was können Kommunen und Bürger*innen tun?

In Zusammenarbeit mit

[Arbeitskreis Asyl Südstadt](#)



Flüchtlingsbeauftragter des Katholischen Dekanats Rottenburg

[Asylzentrum Tübingen e.V.](#)



[Seebrücke Tübingen](#)



[Fluchtpunkte Tübingen e.V.](#)



INFORMATIONEN اطلاعات

Nach dem desaströsen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan im August 2021 und der Machtübernahme durch die Taliban hat Deutschland im Rahmen des Ortskräfteverfahrens sowie über eine „Menschenrechtsliste“ Aufnahmezusagen für insgesamt 43.500 Menschen erteilt. Knapp 30.000 Menschen wurden über diesen Weg bisher gerettet und in Deutschland aufgenommen (Stand 6.3.2023, vgl. Bundestagsdrucksache 20/5942). Tausende wurden aber auch abgelehnt oder ignoriert und in der Gefahrensituation zurückgelassen.

Warum stellen wir Anträge im „Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan“?

Wir setzen uns ein für Menschen, die sich häufig gemeinsam mit den westlichen Staaten mutig für Frieden, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte stark gemacht haben und in den Bereichen Menschenrechte, Justiz, Medien, Bildung, Sicherheit etc. gearbeitet haben und aufgrund ihrer früheren Tätigkeiten in Gefahr sind. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Menschen und ihre unmittelbaren Angehörigen durch eine Aufnahme in Deutschland vor der Rache der neuen Machthaber durch schwere Menschenrechtsverletzungen oder dem Tod bewahrt werden. Bei move on haben wir aktuell 110 Anträge in der Bearbeitung. Etwa bei der Hälfte der Anträge geht es um Verwandte von afghanischen Geflüchteten aus der hiesigen Region, die andere Hälfte wurde uns über Kontakte vermittelt. Die Arbeit an den Anträgen ist sehr aufwendig.

Im November 2021 beschloss die damals neue „Ampel-Koalition“, die bisherigen Evakuierungen durch die Einrichtung eines „[Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan](#)“ zu verstetigen. Im Rahmen dieses Programms, das seit 17.10.2022 in Kraft ist, sollen bis zum Ende der Legislaturperiode (2025) monatlich bis zu 1.000 Menschen aus Afghanistan, die in besonderer Weise in Gefahr sind und einen Bezug zu Deutschland haben, die Zusage für eine Aufnahme erhalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die im Kontakt mit Gefährdeten stehen, können Anträge einreichen. Der Verein move on – menschen.rechte Tübingen e.V. und das Asylzentrum Tübingen e.V. sind zwei dieser bundesweit 70 „Meldestellen“.

Das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan (BAP) sollte ein Vorzeigeprojekt der grünen Außenministerin Baerbock werden („feministische Außenpolitik“). Doch auch über ein halbes Jahr nach Beginn des Programms gab es noch keine einzige Aufnahmezusage. Gleichzeitig verschärft sich in Afghanistan die Gefahrensituation permanent für viele Menschen (insbesondere auch Frauen und Mädchen) und jeder weitere Tag Lebensgefahr führt zu weiterer Angst und Verzweiflung. Doch statt schneller Hilfe gibt es ein langwieriges und bürokratisches Verfahren und gleichzeitig erhebliche politische Widerstände.

Langwieriges bürokratisches Verfahren: Bei der „Koordinierungsstelle“ des Programms in Berlin stauen sich aktuell rund 40.000 Anträge. Die Meldestellen, bei denen es tausende weitere Anfragen gibt, kritisieren das Antragsverfahren: Zunächst müssen die Meldestellen für jeden Einzelfall umfangreiche Antragsdokumente in ein „Support-Tool“ der Koordinierungsstelle eingeben und erst wenn die Koordinierungsstelle den Fall als „plausibel“ einstuft, kann der Antrag in das aus 100 Abfragen bestehende Online-Tool der Bundesregierung mit allen erforderlichen Dokumenten (Ausweise, Nachweise zur tätigkeitsbezogenen Gefährdung, Deutschlandbezug etc.) eingegeben werden. Die Online-Tools bewerten die Anträge mit technischen Algorithmen, deren Kriterien nicht transparent sind. In vielen Fällen ist die bürokratische Struktur dieses Verfahrens den individuellen Gefährdungslagen schlicht nicht angemessen. Am Ende entscheidet eine nicht näher bekannte Antragskommission aus Mitarbeiter*innen von Außen- und Innenministerium über die Anträge.

Das ambitionierte Bundesaufnahmeprogramm sollte ein Vorzeigeprojekt der Ampel-Regierung werden, doch es ist von Anfang an nicht in die Gänge gekommen und droht an Überbürokratisierung und politischen Widerständen zu scheitern.

Politische Widerstände: Dass es bisher faktisch zu keiner einzigen Aufnahme im Rahmen des Programms kam, dürfte mit politischen Widerständen zu tun haben. Bereits im November 2022 bezeichnete die baden-württembergische Justizministerin Gentges (CDU) das BAP in einem offenen Brief an Bundesinnenministerin Faeser (SPD) angesichts der Aufnahme von 1 Million Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine als „unverantwortlich“. Die Ergebnisse des „Flüchtlingsgipfels“ vom 11. Mai 23 (eine Milliarde für die Kommunen für die Unterbringung, dafür mehr Abschottung und weitere Entrechtung an den Außengrenzen, mehr Abschiebungen etc.) zeigen, dass jetzt auch die Ampel-Koalition dazu übergeht, wesentliche Grundsätze einer menschenrechtsbasierten Flüchtlingspolitik über Bord zu werfen. Zu diesem Rechtsruck in der Flüchtlingspolitik passen auch die Vorgänge rund um die Aufnahmen aus Afghanistan: Am 30. März 2023 wurden kurzerhand alle Visaverfahren für Afghan*innen ausgesetzt. Hintergrund waren Berichte rechtslastiger Medien (Cicero, Bild) über angeblichen Missbrauch bei der Visaerteilung in einzelnen Fällen. Tausende Menschen, bei denen alles in Ordnung ist, werden hingehalten. Sogar Menschen, die bereits ein Visum erhalten haben, sitzen aktuell in Pakistan oder dem Iran fest. Der ganze Vorgang führt zu umfangreichen zeitlichen Verzögerungen und ist bedrohlich für viele Menschen, für die im BAP Anträge laufen und die sich in Lebensgefahr befinden. Wann die Visaverfahren wieder aufgenommen werden, ist noch nicht bekannt. Das BAP läuft grundsätzlich weiter.

Viele Menschen sorgen sich um die menschenrechtliche Situation in Afghanistan, vor allem für Mädchen und Frauen. Deswegen muss die vielgepriesene „feministische Außenpolitik“ auch in Zukunft mehr sein als Schaufensterrhetorik. Wir werden uns jedenfalls weiter dafür einsetzen, dass bedrohte, verfolgte und entrechtete Menschen aus diesem Land nicht den Taliban überlassen werden. Bei den Aufnahmen aus Afghanistan handelt es sich um eine begrenzte Zahl von Menschen. Jede einzelne dieser Aufnahmen sehen wir als aktive Menschenrechtspolitik. Wir hoffen und erwarten, dass diese Menschen im Falle einer erfolgten Aufnahme in Deutschland auch auf der kommunalen Ebene bei der Integration aktiv unterstützt werden – vor allem von denjenigen Kommunen, die sich zum „sicheren Hafen“ erklärt haben.

Hinweise und Links

Offizielle Homepage des [Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan](#)

24.1.2023 Die Tageszeitung: [Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan: Bedingt aufnahmebereit](#)

16.03.2023 Taz: [Gefangen in Kabul](#) (Autorin: Lena Reiner)

28.03.2023 [Bundestagsdrucksache 20/6232: Das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE.](#)

17.04.2023 PRO ASYL: [Sechs Monate Bundesaufnahmeprogramm – viel versprochen, aber bislang keine Einreise](#)

15.05.2023 [Bundestagsdrucksache 20/6857: Aufnahmeprogramm Afghanistan. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU](#)

24.05.2023 Die Zeit (Autorin Lena Reiner): ["Sonst hätte ich eine meiner Nieren verkauft"](#) Im derzeitigen Aufnahmestopp wird Afghaninnen trotz gültiger Visa die Einreise nach Deutschland verwehrt. Viele befinden sich dadurch in einer verzweifelten Lage.

move on - menschen.rechte Tübingen e.V. (Dez.22): [Das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan- Informationen für afghanische Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen aus der Region Tübingen](#) (PDF)